Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 4 Mk. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 291. 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" **Wilsdruff-Dresden** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend 13. Dezember 1924**

Regierungsrücktritt.

Berlin, 11. Dezember.

Das Reichskabinett hielt seine erste Sitzung nach den Wahlen ab. Nach eingehender Aussprache über die durch den Wahlausgang geschaffene politische Lage hat sich das Kabinett dahin entschieden, alsbald zurückzutreten. Wegen des Zeitpunktes des Rücktritts wird sich Reichskanzler Marx mit dem Reichspräsidenten ins Benehmen setzen.

*

Das Merkwürdige in dem an Merkwürdigkeiten so reichen parlamentarischen Leben Deutschlands ist nun geschehen: der Versuch, durch die Neuwahl eine neue, breitere Basis für das Kabinett Marx zu schaffen, ist als gescheitert zu betrachten und der Reichskanzler hat demgemäß die Folgerungen daraus gezogen. Der Beschluß des Kabinetts zurückzutreten, beweist, daß man sich doch entschlossen hat, nicht mehr in der alten Zusammensetzung vor den Reichstag zu treten, sondern dem Druck der Deutschen Volkspartei entsprechend die Bahn für eine Neu- oder Umbildung freizumachen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, betonte in der Kabinettssitzung entschieden die Notwendigkeit der Bildung einer Regierung der bürgerlichen Parteien einschließlich der Deutschnationalen.

Gewiß wäre ja das Kabinett Marx so, wie es bisher bestand, einem Mißtrauensvotum des Reichstags kaum zum Opfer gefallen, wenn es vor das Plenum der neugewählten Volksvertretung sich hingestellt und eine ausdrückliche Abstimmung verlangt hätte; dann hätten sicher die Parteien der alten Regierungskoalition (Volkspartei, Zentrum und Demokraten) und die Sozialdemokraten für das Kabinett gestimmt. Nur ist es sehr zweifelhaft, ob man die parlamentarische Grundlage für die weitere Regierung gehabt hätte. Die Forderungen, die vor einigen Tagen durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Loebe angemeldet waren, würden sicherlich nicht von der Volkspartei, vielleicht auch nicht von allen Mitgliedern der anderen Parteien getragen werden. Ein solches Vertrauensvotum durch die vier Parteien der früheren großen Koalition unter dem ersten Kabinett Stresemann wäre also nichts anderes gewesen als eine Geste, mit der praktisch nichts hätte angefangen werden können.

Das Kabinett Marx ist trotz vieler Stürme mehr als ein Jahr hindurch im Amt geblieben und seine Hauptarbeit bildete die Liquidierung des verlorenen Ruhrkampfes. An den Forderungen, die von den Franzosen an ihren Sieg geknüpft wurden, war das zweite Ministerium Stresemann gescheitert. Versuche, schon damals bei einer Regierungsumbildung auch die Deutschnationalen heranzuziehen, sind gescheitert. Den entscheidenden Wendepunkt in der außenpolitischen Lage bildete der parlamentarische Umschwung in England, der das Kabinett Macdonald ans Ruder brachte, dann zur Berufung des Sachverständigenkomitees, der Verfassung seines Gutachtens und schließlich zum Londoner Pakt führte.

Man hat gerade in der entscheidenden Phase, nämlich den Beratungen in London der Politik des Kanzlers Marx Vorwürfe gemacht, nämlich, daß er der Weigerung der Franzosen nicht mehr entgegentrat, das Ruhrgebiet sofort zu räumen. Marx hat immer betont, daß ein weiteres Entgegenkommen der Entente einfach nicht zu erreichen gewesen sei. Das ist zweiffellos richtig, insofern, als die Entente es nicht für notwendig hielt, weiter nachzugeben. Die Schuld scheint mehr an der Schwierigkeit zu liegen, mit dem Parlament in Deutschland zu arbeiten. Herriot hat es damals anders angefangen: er ist für ein paar Tage nach Paris gereist, verhandelte dort mit seiner eigenen Partei und der Opposition und erklärte dann in London, er sei ein politisch verlorener Mann, wenn er in die sofortige Räumung des Ruhrgebiets willigte, weil ihn dann nicht nur die Opposition, sondern auch Teile seiner Gefolgschaft auf der Linken abschlachten würden. Die andern schon lange parlamentarisch regierten Länder der Entente zeigten für diese Begründung in der Hartnäckigkeit Herriots Verständnis und traten auf seine Seite, um ihn zu retten. Von deutscher Seite haben weder Marx noch Stresemann den Versuch gemacht, mittels des gleichen Verfahrens irgend etwas zu erreichen. Nämlich mit Hilfe des Drucks, den die starke Opposition im Deutschen Reichstag ausüben konnte, eine Opposition, die gleichfalls durch Teile der Regierungskoalition verstärkt werden konnte, um ein weiteres Entgegenkommen in London für unmöglich zu erklären.

Blieben so die außenpolitischen Dinge in Deutschland stark umstritten, so auch nicht weniger die Innenpolitik, so besonders das Ermächtigungsgesetz, so die Weiterregierung der mittelparteilichen Koalition nach den Wahlen vom 4. Mai. Liegen jetzt die Dinge nach der Wahl vom 7. Dezember anders? Ob es diesmal gelingen wird, eine trag- und aktionsfähige Regierung mit genügender parlamentarischer Mehrheit hinter sich zu bilden, muß abgewartet werden.

Nächste Woche Kabinettsbildung.

Marx beim Reichspräsidenten.

Berlin, 11. Dezember.

Heute vormittag sprach Reichskanzler Marx beim Reichspräsidenten vor, um ihm über den Verlauf der Kabinettssitzung Bericht zu erstatten. Die Reichsregierung hatte den Kanzler beauftragt, sich mit dem Reichspräsidenten wegen des Zeitpunkts des Rücktritts ins Benehmen zu setzen. Für den Zeitpunkt des Rücktritts wird vor allem maßgebend sein, wann die Fraktionen frühestens in Berlin zusammentreten können, um für Verhandlungen über die Regierungsbildung bereit zu sein. Der Reichspräsident hat in seiner Besprechung mit dem Kanzler erklärt, auf die Entscheidung des Kabinetts, wann es seine Demission überreichen will, keinerlei Einfluß ausüben zu wollen. Die Reichsregierung wird heute wieder zu einer Sitzung zusammentreten, um sich darüber schlüssig zu werden, wann sie demissionieren wird. Da die Reichstagsfraktionen sich zu Beginn der nächsten Woche in Berlin versammeln, dürfte der Beschluß gefaßt werden, Mitte der nächsten Woche dem Reichspräsidenten das Rücktrittsgesuch zu überreichen.

Es hat den Anschein, als ob namentlich auf seiten der Volkspartei der Wunsch vorhanden ist, das jetzige Kabinett noch einige Zeit bei der Geschäftsführung zu erhalten. Denn die „Zeit", das offiziöse Organ des Außenministers Dr. Stresemann, erklärt: „Unsere Lage erfordert es, daß die Tätigkeit der Regierung nicht auf längere Zeit unterbrochen wird, da eine Anzahl von wichtigen Fragen sich noch in der Schwebe befindet und zu ihrer Lösung eine ungeschmälerte Tätigkeit der Regierung erfordert." Und ein anderes, den Rechtsparteien nahestehendes Organ äußert sich dahin, daß gerade in den nächsten Wochen außenpolitische Aufgaben, so z. B. die Frage der Militärkontrolle und der Räumung der Kölner Zone zu behandeln sind und infolgedessen die Erhaltung eines politisch aktionsfähigen Kabinetts wünschenswert erschiene. Die demokratischen Blätter treten im Gegenteil dafür ein, daß die Bildung der neuen Regierung keinen Tag verzögert werden dürfe, vielmehr mit größter Beschleunigung zu geschehen habe.

Kanzler Marx

Kanzlerkandidaten.

Für die Übernahme des Reichskanzleramtes in der neuen Regierung werden jetzt auch andere Kandidaten genannt als der zunächst als Nachfolger des Kanzlers Marx genannte Dr. Stresemann. So wird das Gerücht verbreitet, daß Persönlichkeiten wie Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei oder der Zentrumsabgeordnete Herr v. Guérard für den Kanzlerposten in Betracht kämen. Die Germania bemerkt allerdings dazu: „Es ist nicht gut möglich, daß ein Kabinett mit deutschnational-volksparteilicher Mehrheit unter Zentrumsführung stehen kann. Glaubt Herr Stresemann, mit einem Rechtsblock die von ihm bisher betriebene Politik weiter verfolgen zu können, so wäre es das beste, er übernähme selbst die Führung der Regierung." Ziemlich zurückhaltend verhält sich einstweilen die deutschnationale Presse.

*

Sitzung der Deutschnationalen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion ist zu einer konstituierenden Sitzung auf Dienstag, den 16. Dezember einberufen worden. An demselben Tage tritt bekanntlich auch die demokratische Reichstagsfraktion zusammen. Bezüglich der Einberufung des Reichstags ist noch keine Entscheidung getroffen. Sie hängt von der Regierungsneubildung ab.

*

Die Gründe des Rücktrittsbeschlusses.

Berlin, 11. Dezember. Die heutige Kabinettssitzung dauerte etwa zwei Stunden. Da das Kabinett durch den Rücktrittsbeschluß vom Mittwoch den Charakter eines Geschäftsministeriums erhalten hat, herrschte Einmütigkeit darüber, daß eine arbeitsfähige Regierung so schnell wie möglich gebildet werden müsse. Da die Fraktionen des neuen Reichstages erst in der kommenden Woche zusammentreten, ist der Wochenanfang der früheste Termin für die Kommission des Kabinetts. In politischen Kreisen verlautet, daß Dr. Marx als Kanzler für ein Kabinett der Reichskoalition nicht kandidieren werde.

Die Infanterieschule nach Dresden.

Berlin, 12. Dezember. Der Reichsrat nahm in seiner Donnerstagsitzung noch eine Ergänzung zum Etat des Reichswehrministeriums für das Rechnungsjahr 1925 an, worin die erste Rat von etwa einer Million für die Verlegung der Infanterieschule von München nach Dresden gefordert wird. Die gesamten Kosten sollen 6,5 Millionen Goldmark betragen. Ein Antrag Bayerns, die Beschlußfassung zu vertagen, fand nicht die genügende Unterstützung. Die Verlegung wurde gegen die 14 Stimmen Bayerns und Württembergs beschlossen.

Baldwin über die Räumung Kölns.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

London, 12. Dezember. Auf eine Anfrage im Unterhause, ob die Regierung bereits die Frage der Räumung der Kölner Zone erwogen habe, erwiderte Baldwin, daß die Regierung gegenwärtig diese Frage einer sehr sorgfältigen Prüfung unterziehe. Die Entscheidung würde davon abhängen, wie Deutschland die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllt habe.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

London, 12. Dezember. Im Unterhaus erklärte der Ministerpräsident, die Pressemeldungen, nach denen England auf unbestimmte Zeit in der Kölner Zone verbleiben wolle, seien völlig aus der Luft gegriffen und entbehrten jeder Grundlage.

Das Mainzer Eisenbahnunglück vor einem französischen Kriegsgericht.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Mainz, 12. Dezember. Das französische Kriegsgericht beschäftigte sich heute mit dem Eisenbahnunglück im Mainzer Tunnel. Angeklagt sind der Eisenbahnschaffner Karl Gies aus Neustadt und der stellvertretende Bahnhofsvorsteher des Mainzer Hauptbahnhofes Mandrin, der bekanntlich infolge eines Mißverständnisses am Telephon den Wormser Personenzug einfahren ließ. Auf Antrag der Verteidigung wurden die Verhandlungen jedoch vertagt, da weitere Zeugen vernommen werden sollen.

Fortsetzung der deutsch-japanischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 12. Dezember. Im Auswärtigen Amt wurden heute die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen, die kurze Zeit unterbrochen waren, wieder aufgenommen. Da sich in der Frage der Einfuhr von Seidenstoffen größere Schwierigkeiten ergaben, wird mit einer längeren Dauer der Besprechungen gerechnet werden können. Von deutscher Seite wird vor allem darauf Wert gelegt, für die Einfuhr deutscher Farbprodukte Bedingungen zu erhalten, die die deutsche Farbindustrie in die Lage versetzen, mit ausländischen Produkten konkurrieren zu können.

Schwierigkeiten bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 12. Dezember. Die deutsche und die französische Wirtschaftsdelegation haben gestern nachmittag eine Vollsitzung abgehalten, in deren Verlauf die chemische Industrie zur Sprache kam. Die Besprechungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Die Tarifsätze des neuen französischen Zolltarifs für chemische Artikel, der kürzlich der Kammer zugegangen ist, sollen den Sachverständigen heute unterbreitet werden. Die deutschen Unterhändler mußten nach eingehender Prüfung der einzelnen Sätze feststellen, daß ihre Berechnungen über den Haufen geworfen waren. Der neue Mindesttarif für Deutschland, der für eine bestimmte Reihe von Kategorien chemischer Produkte zugestanden wird, ist außerordentlich hoch und übertrifft in einzelnen Fällen den früheren Spezialtarif. Die deutschen Sachverständigen werden zwar heute oder morgen noch einmal versuchen, eine Einigung der beiderseitigen Standpunkte herbeizuführen, sehen sich aber genötigt, auf alle Fälle Ende der Woche nach Deutschland zurückzufahren, um mit ihren Auftraggebern über die Schwierigkeiten zu verhandeln.

Nansen über die internationale Wiederaufbauarbeit.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Kopenhagen, 12. Dezember. Nansen hielt gestern im Radikalen Studentenklub eine Rede über die internationale Wiederaufbauarbeit. Er sprach von den Anstrengungen, die gemacht wurden, um die Heimsendung der Kriegsgefangenen zu ermöglichen, um die Hungersnot zu lindern und um die Unterbringung der griechischen Flüchtlinge zu ermöglichen. Das alles wäre nur mit Hilfe des Völkerbundes möglich gewesen. Er schloß mit den Worten: Eine internationale gemeinsame Arbeit kann allein die ernsten Probleme unserer Zeit lösen.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF